KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 293 - 33. Jahrgang
JULI 2025
Spendenbeitrag 50 Cent

EIN NEUER GEDENKORT IN ROSTOCK

Am 21. Mai wurde auf dem Neuen Friedhof ein neuer Gedenkort für Verfolgte des Nationalsozialismus eingeweiht. Ungefähr 100 Menschen nahmen an der Zeremonie teil, die von der Stadtverwaltung organisiert wurde.

Über 20 Jahre setzten sich Aktive der Rostocker VVN-BdA dafür ein, auf dem Neuen Friedhof einen neuen, würdigen Ort zu schaffen, an dem die Erinnerung an all jene gepflegt wird, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden und auf dem Friedhof begraben liegen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Auch unsere Oberbürgermeisterin dankte in ihrer Ansprache allen, die sich für die Entstehung dieses Ortes eingesetzt haben. Die Einweihung wurde mit der szenischen Lesung „Stimmen der Verfolgten“ von Lydia Wilke und Paul Lücke eröffnet. Im Zentrum des neuen Gedenkortes befindet sich das Denkmal „Zwei Stehende“ der Künstlerin Julia Hansen.

Wir dokumentieren hier Auszüge aus der Rede von Hannelore Rabe, Mitglied der VVN-BdA Rostock:

Im Namen des Vorstandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Rostock grüße ich Sie. Die Entscheidung der Bürgerschaft, der Oberbürgermeisterin, der Verwaltung und des Friedhofes nach 23 Jahren eine Gedenkstätte für die Verfolgten des Nazi- Regimes und ihrer Namen zu übernehmen und zu gestalten, gereicht der Stadt Rostock zu Ehren.

Das Erinnern in den letzten Tagen und Wochen macht uns erschreckend deutlich, was machtbesessene deutsche Eliten zu verantworten haben, wenn sie Nachbarvölker und damit auch die deutsche Bevölkerung mit Verbrechen überziehen, um ihre Ziele auch mit militärischer Gewalt durchsetzen zu wollen.

Wenn Sie über einen Friedhof gehen, bleiben Sie an dem einen oder anderen Grab stehen, lesen die Namen und werden sich bewusst, dass hinter jedem Namen ein Schicksal steht. Wenn Sie die Namen der Verfolgten des Nazi-Regimes auf diesen Stelen lesen, wissen Sie, dass auch hier an ein gelebtes, ein geliebtes Leben erinnert wird. Aufmerksam werden Sie, wenn Sie das Datum des Versterbens nachvollziehen und sich fragen: „Wie denn das? Diese Frauen, diese Männer haben das Ende des Krieges doch überlebt. Sie wurden zwar verfolgt, erlebten die Grausamkeiten in den Lagern, Zuchthäusern und Gestapokellern, erlebten die Repressalien und das Quälen bei der Zwangsarbeit, aber sie haben überlebt, konnten sich ein neues, normales Leben aufbauen.“

Konnten sie das? Nein! Mit dem Durchschreiten des Stacheldrahtes, mit der Befreiung, mit dem Ende des Krieges mussten die Verfolgten nun Verantwortung übernehmen für „ihr **Leben danach**“.

Fortsetzung auf Seite 3

PROTEST GEGEN NATO-ÜBUNG

Von Prof. Wolfgang Methling

Am 5. Juni fanden sich zahlreiche Schaulustige am Passagierkai in Warnemünde ein. Sie wollten die Armada der auslaufenden Kriegsschiffe zum gemeinsamen mehrtägigen Manöver BALTOPS 2025 der NATO-Staaten in der Ostsee sehen und bewundern. Die von der herrschenden Politik und den bürgerlichen Medien erreichte Orientierung und Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung für die vorgebliche Notwendigkeit, kriegstüchtig zu sein, fand darin ihren sichtbaren Beleg. Gerade deshalb war es sehr wichtig, dass auch Protest gegen diese fortschreitende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens sichtbar wurde. *Fortsetzung auf S. 2*

In dieser Ausgabe

Seite 2: Friedenspolitik
Seite 3: Gedenkort eingeweiht
Seite 3: Wir trauern
Seite 4/5: Aus der Bürgerschaft
Seite 6: AG Senior*innenpolitik
Seite 7: Veranstaltungen
Seite 8: TRADI Sanitz

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
die Stimmung im Land sei besser geworden, erklärte kürzlich der Kanzler. Seid Ihr auch so glücklich? Glücklich über Rüstungswahn, Wählertäuschung, Regierungschaos, Sozialabbau? Merz zeigt schon mal die Folterwerkzeuge: Bürgergeldempfänger könnten ihre Wohnung verlieren, Krankenkassen werden bald nicht mehr jede Behandlung bezahlen. Die SPD hält kaum dagegen, und was mit den Sozen nicht geht, lässt sich ja vielleicht bald mit der AfD durchsetzen. Die Signale aus der CDU/CSU sind nicht mehr zu übersehen. Und deshalb berichten wir heute auf der Titelseite über den neuen antifaschistischen Gedenkort in Rostock. Viele Menschen – auch ehemalige Genoss*innen, die heute beim BSW sind – haben offenbar längst vergessen, wozu es führen kann, wenn man Rechtsextremisten die Steigbügel hält. Man will ja nur mit der AfD reden, heißt es, aber worüber? Über's Wetter? Oder über politische Gemeinsamkeiten? Dann kann man auch miteinander koalieren. Mit diesem Gedanken im Hinterkopf wird die CDU ein ständiger Unsicherheitsfaktor in der Politik sein – im Bund, in den Ländern und schon längst auch in den Kommunen.
Die Linke ist in dieser Lage ein Hoffnungsschimmer. Über 1000 neue Mitglieder konnte unser Landesverband seit Jahresbeginn begrüßen. Im Westen wurde Die Linke schon für tot erklärt, aber meldet nun eine Verdopplung der Mitgliederzahlen. Einen solchen Boom hat Die Linke schon einmal erlebt, in den ersten 2-3 Jahren nach ihrer Gründung 2007. Vieles spricht dafür, dass die Partei es diesmal besser macht und das in sie gesetzte Vertrauen nicht schnell wieder verspielt. Auch deshalb berichten wir auf der Titelseite über die friedenspolitische Aktion unseres Landesverbandes.
Der nächste Klartext erscheint voraussichtlich am 29. September.
Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe und einen wunderbaren Sommer wünscht Euch die Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Gedenken an Margot Friedländer

Am 9. Mai verstarb im Alter von 103 Jahren die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer. Ab 2010 lebte sie wieder in Berlin und berichtete unzählige Male in Schulen und anderswo über ihr Leben. Die Rostocker Linksjugend entschied sich dafür, am 14. Juni in Rostock am Mahnmal für die Opfer des Faschismus mit einer eigenen Veranstaltung an Frau Friedländer zu erinnern. Das Ziel: „Nie wieder dürfen wir zulassen, dass sich Hass, Hetze und Gewalt ausbreiten."
Auch die Rostocker Linke und die VVN-BdA beteiligten sich am Gedenken. Ein herzlicher Dank geht an die Linksjugend für ihre Initiative!

AKTUELLES

Fortsetzung von Seite 1
Neben einer Protestaktion des BSW und ihm nahe stehender Personen präsentierten der Landesverband und die Landtagsfraktion der Partei Die Linke gut sichtbar und unüberhörbar ihre friedenspolitischen Positionen.
Auf dem Podium sprachen nicht nur der Landesvorsitzende Hennis Herbst, sondern auch der friedenspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Torsten Koplin, die Rostocker Kreisvorsitzende Nurgül Senli und Niklas Hehenkamp, ehemals Kandidat der Linkspartei für den Deutschen Bundestag, zu den interessiert und Beifall spendenden Zuhörenden. Im Mittelpunkt ihrer von Sachargumenten getragenen Positionen standen die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der galoppierenden Aufrüstung der NATO, vorgeblich als Reaktion auf den imperialistischen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.
Die Gewinnler dieser Entwicklung sind die Rüstungskonzerne aller Welt. Ihre Botschaften waren: „Kein Säbelrasseln auf der Ostsee", sondern Diplomatie sichert Frieden, Sicherheit braucht Verstand, nicht mehr Aufrüstung. Ich habe mich sehr gefreut, dass sich der Kreisverband Landkreis Rostock relativ zahlreich an dem Protest beteiligt hat.

Anm. d. Red.: Insgesamt gab es zur selben Zeit vier Friedensdemos unterschiedlicher Organisatoren: Die Linke, das Rostocker Friedensbündnis, das BSW und das Friedensbündnis Norddeutschland.

EIN NEUER GEDENKORT

Fortsetzung von Seite 1

Ja sie lebten, aber sie waren körperlich und geistig gezeichnet - mit zerschlagenen Gliedmaßen und inneren Organen, schwelenden Wunden, die jungen Körper gezeichnet durch Hunger und Entbehrungen. Mit zersplitterter Seele, ihrer menschlichen Würde beraubt, mit gebrochenem Glauben, Schuldgefühlen, überlebt zu haben, geprägt von Angst, Wut, Aggressivität, Mutlosigkeit und Selbstzweifeln begannen sie ihr „Leben danach“. Bestimmt wurde dieser Anfang durch das gesellschaftliche und soziale Umfeld, in das sie kamen. Gingen sie ins Exil oder wurden sie in die westlichen Zonen oder in die sowjetische Zone entlassen oder wechselten sie diese, kamen sie zurück nach Litauen, Lettland, in die Ukraine, Russland oder nach Ungarn. Objektiv entschieden oft Ort, Zeit und Bedingungen, welche Chance ihr Neuanfang haben wird.

Hinzu kamen die subjektiven Faktoren: viele der Betroffenen wollten nie wieder die deutsche Sprache sprechen, nie wieder nach Deutschland kommen. Andere versuchten, die Zeit der Verfolgung zu vergessen, sie sprachen selbst mit der Familie nicht darüber, sie verdrängten diese Monate oder Jahre aus ihrem Leben. Viele aber entschieden sich in ihrem Leben danach aktiv gegen das Vergessen, gegen das Verfälschen der Geschichte, für das Aufdekken der Ursachen und Zusammenhänge aufzutreten.

Ihr Credo: „Nie wieder“ bestimmte den Sinn ihres Lebens, so lange ihnen das möglich war.

Über diese Verfolgten wurde viel geschrieben und berichtet, oft wurden sie zu Helden ohne Fehl und Tadel gemacht. Heute ist man deshalb gerne bereit, sie moralisch abzuwerten, weil man auch hier Zeit, Ort und Bedingungen übersieht, als diese Biographien geschrieben wurden und vergisst: Es waren Menschen, die den Mut und die Kraft hatten zweimal zu kämpfen: Einmal gegen den deutschen Faschismus und um in ihrem Leben danach Verantwortung zu übernehmen.

Sie kämpften gegen die Not der Bevölkerung (auch in Rostock), gegen Mangel, Hunger, Schwarzmarkt und Sabotage, sie kämpften für ein Umdenken, für einen Neuanfang. Dabei machten sie auch Fehler, aber Rostock hat diese Menschen gebraucht, sie haben Spuren hinterlassen, auch in Rostock!

(Rede in Absprache mit Hannelore Rabe gekürzt), Fotos: Barbara Kirchhainer

JOHANNA JAWINSKY VERSTORBEN

Nachruf der Kreisvorsitzenden der Partei Die Linke Rostock, Nurgül Senli und Sandro Smolka, zum Tod von Dr. Johanna Jawinsky

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von Dr. Johanna Jawinsky, die im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Johanna war eine engagierte Antifaschistin, Bildungsarbeiterin und zeitlebens eine überzeugte Sozialistin. Sie hat Generationen geprägt, durch ihre Arbeit, ihr Wissen und ihr unerschütterliches Engagement für eine gerechte Gesellschaft. Geboren 1930 im vogtländischen Adorf, war ihr Lebensweg eng verbunden mit den Kämpfen und Hoffnungen des 20. Jahrhunderts. Nach ihrer Arbeit in der Industrie und ersten beruflichen Stationen als Lehrerin engagierte sie sich früh in der Jugendbildung, unter anderem an der Landesjugendschule der FDJ und im Haus der Pioniere in Rostock. Besonders der politischen Bildung widmete sie sich mit Leidenschaft.

Johanna studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Rostock, wurde Aspirantin und promovierte zur Dr. phil. Mit wissenschaftlicher Präzision und politischer Überzeugung arbeitete sie als Lektorin an der Bildungsstätte der Bezirksleitung der SED und später als Mitarbeiterin an der Sektion Marxismus-Leninismus der Universität Rostock. Ihr fachlicher Schwerpunkt war die Geschichte der Arbeiterbewegung, ein Feld, dem sie mit analytischem Blick und klarem Klassenstandpunkt begegnete.

Auch nach der Wende blieb Johanna ihrer Haltung treu. Sie war vielen in unserer Partei, gerade den Jüngeren, eine kluge Gesprächspartnerin, Zeitzeugin und Mahnerin, die nicht aufgab, sich einzumischen. Ihr Leben war geprägt von einem tiefen Humanismus und dem festen Glauben daran, dass eine andere, eine bessere Welt möglich ist. Wir verlieren mit ihr eine aufrechte Genossin, die uns fehlen wird. Unsere Gedanken sind bei allen, die ihr nahestanden.

Ruhe in Frieden, liebe Johanna. Dein Engagement, Deine Haltung und Deine Klarheit bleiben für uns Verpflichtung.

Nurgül Senli & Sandro Smolka
Kreisvorsitzende Die Linke Rostock

BERICHT AUS DER BÜRGERSCHAFT

Lebhafte Debatten boten die Bürgerschaftssitzungen vom 4. Juni und 23. Juli.

Die Ortsbeiräte Dierkow, Toitenwinkel und Gehlsdorf forderten in einem Antrag die Stadt auf, die wertvolle Arbeit der Stadtteilmanager in Dierkow-Neu und Toitenwinkel auch für die Zukunft zu sichern und auf Gehlsdorf auszuweiten. Unsere Fraktion forderte in einem Änderungsantrag, beim Bund Möglichkeiten der Stellenfinanzierung zu suchen. Eine Ausweitung auf Gehlsdorf lehnen wir ab, da diese dem Ziel der konzentrierten Unterstützung sozial benachteiligter Quartiere widersprechen würde. Das sah eine Mehrheit der Bürgerschaft genauso.

Fast hätte es auch für unseren nächsten Antrag eine Mehrheit gegeben. Endlich musste sich die Bürgerschaft bekennen, ob und wie sie Südstadt-Center und Klenow-Tor für die Bewohner der Stadtteile retten will. Die Linke beantragte: „Die Bürgerschaft beauftragt die Oberbürgermeisterin, eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung örtlich tätiger Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften sowie interessierter Akteure der privaten Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zu bilden. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung an möglichen Zwangsversteigerungsverfahren im Zusammenhang mit dem Klenow-Tor und dem Südstadt-Center zu schaffen. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, Gespräche mit potenziellen Partnern zu führen, um deren Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und die notwendigen Verhandlungen zur Bildung einer Erwerbsinitiative zu initiieren.“ Nurgül Senli begründete den Antrag mit der hohen Wahrscheinlichkeit, dass der Eigentümer Insolvenz anmelden muss. Hierauf müsse sich die Stadt vorbereiten. Bei einer möglichen Zwangsversteigerung solle verhindert werden, dass die Immobilien einfach in die Hände anderer Spekulanten falle. Die Sicherstellung der Daseinsvorsorge dürfe nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden.

Dazu gab es reichlich Widerspruch. Sybille Bachmann (in der Südstadt Ortsbeiratsvorsitzende) möchte lieber weiter abwarten, und die betroffenen Mieter würden sich schon selber zu helfen wissen. Hingegen unterstütze der Groß Kleiner Ortsbeiratschef Uwe Michaelis unser Anliegen. Die FDP räumte ein, dass der Eigentümer (er hat 86 Unternehmen, es gibt einige Verfahren gegen ihn) seiner Verantwortung nicht nachkomme, sah aber keine Notwendigkeit dafür, dass die Stadt aktiv wird. Diese „Da können wir halt nichts machen“-Mentalität großer Teile der Bürgerschaft wurde von Christian Albrecht scharf kritisiert. Die CDU hatte nur hilfloses Gestammel zu bieten. Die Grünen betonten, wie wichtig es sei, sich auf eine Insolvenz vorzubereiten. Die SPD nannte unseren Antrag sinnvoll, man müsse es zumindest versuchen. Die Stadt könne den Prozess gerne organisieren, auf keinen Fall dürfe sie sich aber finanziell an einem möglichen Verfahren beteiligen. So lautete auch der Änderungsantrag der SPD, der schließlich eine Mehrheit fand. Auch unser Hauptantrag fand nach Einschätzung des Präsidiums eine Mehrheit, allerdings gab es dann einen Antrag auf Auszählung der Stimmen. 20 Ja, 20 Nein, eine Enthaltung – Antrag also abgelehnt. Die Videoaufnahmen der Sitzung zeigen, dass bei der ersten Abstimmung zwei CDUler sich enthalten hatten, bei der neuerlichen Abstimmung nur noch einer. Ein fragwürdiges Verhalten. So wirkt sich das Fehlen einer rot-rot-grünen Mehrheit negativ auf die Stadtentwicklung aus. Auch die Reste vom BSW, darunter Ex-Genosse Lajos Orban, verweigerten ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Anschließend beantragte die CDU, für die medizinischen Einrichtungen in Klenow-Tor und Südstadt-Center Ersatzräumlichkeiten zu suchen oder in Containern unterzubringen. Der Antrag fand keine Mehrheit. Zu offensichtlich ist es, dass damit Klenow-Tor und Südstadt-Center aufgegeben werden, ohne dass es in den Stadtteilen tatsächlich alternative Räume gibt bzw. kurzfristig Container organisiert werden können. Der aktuelle Stand (Ende Juli) ist nun leider so, dass einige Ärzte tatsächlich planen, Groß Klein zu verlassen.

Vor sechs Jahren traf die Bürgerschaft den Grundsatzbeschluss, öffentliche Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern über Erbbaupacht zu vergeben. Das wollte die FDP nun rückgängig machen, weil viele Projekte, z.B. im Wohnungsbau, daran gescheitert seien. Da kam die FDP in ein Dilemma: Die Stadt hat nämlich das Recht, begründete Ausnahmen zu machen, sofern es dafür eine politische Mehrheit gibt. Dies geschieht sogar sehr oft. Was in der Praxis gut funktioniert, kollidierte aber mit dem Anspruch der FDP, die Bürgerschaft mit ideologisch motivierten Anträgen zu überziehen und damit in die Presse zu kommen (die OZ spielt **immer** mit). Christian Albrecht begründete die Vorteile von Erbpacht für die Stadt. Die flexible Anwendung in Rostock werde viel gelobt. Eine Aufhebung des Grundsatzbeschlusses werde zur Folge haben, dass künftig ein Verkauf die Regel sein werde. Der FDP-Antrag wurde abgelehnt.

Die AfD beantragte 100 Euro Begrüßungsgeld für jedes Neugeborene. Das nötige Geld wollte die AfD u.a. durch die Streichung der städtischen Unterstützung von CSD und Peter Weiss Haus herbeischaffen. Für den Antrag bekamen die Braunen mächtig Haue. Sozialsenator Bockhahn erklärte, was für Kinder alles in der Stadt getan wird: kostenloser Kitaplatz für jedes Kind, kostenloser ÖPNV, usw. Robert Kröger nannte den Antrag schäbig, weil Neugeborene benutzt werden, um eine menschenverachtende Politik gegenüber einer Minderheit durchzusetzen. Christian Albrecht fragte bei der AfD nach, ob dieses Begrüßungsgeld denn auch Neugeborenen aus Familien Geflüchteter zugutekommen solle. Ja, für alle, so der Zuruf.

Erfolg hatten wir mit unserem Antrag, das Grillen auf öffentlich ausgewiesenen Grill-

plätzen unbürokratischer zu machen. Man muss es nun der Verwaltung nicht mehr vorher anzeigen.

In der Sitzung am 23. Juli kam ein Thema auf die Agenda, das die Bürgerschaft bereits in der Vergangenheit beschäftigte: Wohnbebauung auf einem 35 ha großen Grundstück im Landschaftsschutzgebiet Diedrichshagen. In die Sache ist wieder Bewegung gekommen, durch wen und warum ist für Außenstehende nicht leicht zu erfassen. Unsere Fraktion hatte zuletzt vor 5 Jahren nach intensiver Debatte eine Bebauung abgelehnt, doch diesmal sah eine Mehrheit in der Fraktion die Gelegenheit, dieses sensible „Filetstück“ dem freien Markt, also der Spekulation, dauerhaft zu entziehen zu Gunsten einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. In einem gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP forderten wir, die WiRo mit Verhandlungen über einen Ankauf des Grundstücks zu beauftragen. Über die Ergebnisse dieser Sondierungen wäre dann weiter zu diskutieren. Während Robert Kröger für die Linksfraktion erklärte, dass auch in ökologisch sensiblen Bereichen eine naturverträgliche Wohnbebauung möglich sei, lehnen die Grünen dies grundsätzlich als „absurd“ ab und kritisierten neben der Verwaltung auch die Linke stark. Bestenfalls würde dort Wohnen für Superreiche möglich. Es gehe nur um die finanziellen Interessen des jetzigen Eigentümers. Die SPD haute in die gleiche Kerbe und sprach von einer Zermürbungstaktik, mit der die Ablehnung der Bürgerschaft überwunden werden solle.
Sybille Bachmann warf ein, dass es nur um einen sehr kleinen Teilbereich des LSG gehe, um Ackerfläche ohne ökologischen Wert. Das sah die FDP genauso. Die Oberbürgermeisterin verwies darauf, dass die WiRo bereits in der Vergangenheit in erheblichem Umfang Wohnen in Diedrichshagen entwickelt hat, Mehr- und Einfamilienhäuser.
Die Grünen beantragten namentliche Abstimmung, um transparent zu machen, „wer sich vor den Karren der Immobilienwirtschaft spannen lasse“. Das Ergebnis nach einer scharf geführten Debatte: 25 Ja-Stimmen für den Antrag bei 21 Nein und einer Enthaltung. Die Diskussion wird weitergehen. CDU und FDP beklagten Bedrohungen und Beleidigungen aus dem Lager der Gegner einer Bebauung.

Die Bürgerschaft beschloss ohne Gegenstimme, dass Rostock sich mal wieder als Außenstandort für die Olympischen Spiele bewerben soll. Es geht um die Jahre 2036, 2040 oder 2044 und wieder um die Segelwettbewerbe, deren organisatorischer Aufwand der Warnemünder Woche entspricht. Rostock bietet perfekte Voraussetzungen, und es gibt keine Hinweise auf Skepsis in der Bevölkerung. Trotzdem wollten SPD, BSW und Grüne einen teuren Bürgerentscheid initiieren, fanden dafür aber keine Unterstützung in der Bürgerschaft. Eine Mehrheit gab es für den Antrag der Linken, dass auch der Breitensport von der Bewerbung Rostocks profitieren soll.
Auch der dritte große Themenkomplex beschäftigt die Kommunalpolitik seit vielen Jahren: das Gebäude der Societät maritim in der August-Bebel-Straße 1, das ehemalige Schifffahrtsmuseum. Ein Trauerspiel in vielen Akten, mit dem Höhepunkt der jüngst erfolgten Kündigung für die verdienstvollen Mieter des Hauses. Unsere Oberbürgermeisterin wies darauf hin, dass in der jüngeren Vergangenheit innerhalb der Verwaltung intensiv über die künftige Nutzung des Gebäudes gesprochen und ein Gutachten zum Zustand des Hauses in Auftrag gegeben wurde. Es gebe in der Stadtgesellschaft ein wachsendes Interesse an einer Übernahme, zuletzt durch den Verein „Societät maritim“. Dem stehe die Stadt offen gegenüber. Die Bürgerschaft stimmte dem Antrag des KOE-Ausschusses zu, in dem die Beendigung der Nutzung des Gebäudes zum Jahresende gefordert wird. Die Verwaltung soll bis November eine Entscheidung über die künftige Nutzung vorlegen. Daran würde sich dann auch die Sanierung orientieren.

Die Bürgerschaft tagte einfach über unseren Redaktionsschluss hinaus, aber ich denke, alles Wesentliche wurde gesagt. Die Mitglieder der Bürgerschaft gehen nun in die Sommerpause, die angesichts der Vielzahl an Themen, die in letzter Zeit zu bearbeiten waren, auch sehr verdient kommt. Vieles wurde in den Herbst vertagt, also erholt Euch gut!
Berichterstatter: Carsten Penzlin

Die Linke verteidigt kommunales Schulessen gegen Kritik

Zur aktuellen Diskussion um die Schulverpflegung in Rostock erklärt Christian Albrecht, Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Rostocker Bürgerschaft:
„Es überrascht schon, wie sich jetzt FDP und Grüne über Abläufe empören, die seit über einem Jahr völlig transparent sind. Wer heute so tut, als hätte er von der Übergangslösung nichts gewusst, war schlicht nicht bei der Sache. Die Gründung der „Mittagsmatrosen“ war eine bewusste Entscheidung für mehr Qualität, bessere Arbeitsbedingungen und langfristig bezahlbares Schulessen und das wird die neue kommunale Gesellschaft auch einlösen.“
Albrecht betont, dass die neue kommunale Lösung auch sozialpolitisch ein Fortschritt ist: „Während externe Anbieter regelmäßig Beschäftigte über die Sommerferien entlassen, keine tarifgerechte Bezahlung sichern und Löhne über Jahrzehnte kaum erhöht haben, setzen wir mit den „Mittagsmatrosen“ auf Verlässlichkeit: Faire Arbeit, tarifliche Bezahlung und soziale Verantwortung. Das ist der Unterschied.“
Dass das Essen übergangsweise aus Rheinland-Pfalz kommt, ist eine pragmatische Zwischenlösung. „Natürlich wäre uns ein regionaler Anbieter lieber gewesen, aber das ist nicht möglich, wenn eine Zusammenarbeit nicht zustande kommt. Und dass Ausschreibungen europaweit laufen müssen, ist keine politische Entscheidung, sondern geltendes Vergaberecht.“
Langfristig werde sich die Investition auszahlen, auch finanziell: „Wenn die Mittagsmatrosen neben den Schulen auch Kitas und andere Einrichtungen versorgen, senken sich die Kosten durch das entstehende Drittgeschäft deutlich. Schulessen wird günstiger, nicht teurer. Im Übrigen hätte ein privater Anbieter nach der Mindestlohnerhöhung ebenso Preise anpassen müssen“, so Albrecht.
Die Kritik der FDP sei daher nicht nur scheinheilig, sondern schlicht falsch. „Wer sich heute vor die Kamera stellt und die Eltern aufhetzen will, sollte auch sagen, dass er in der Vergangenheit kein Problem mit schlechter Bezahlung, niedriger Qualität und fehlender sozialer Verantwortung hatte.“
Für Die Linke bleibt klar: „Wir stehen für gutes Essen, gute Arbeit und soziale Verantwortung, nicht für Privatisierung und Profitlogik auf Kosten von Kindern und Beschäftigten.“

SENIORENPOLITIK

AG SENIOR*INNENPOLITIK ROSTOCK SAMMELT KRÄFTE FÜR DIE NÄCHSTEN AUFGABEN

Am 27. Juni nahmen drei Mitglieder der Rostocker Arbeitsgemeinschaft mit der Delegation der LAG am Bundestreffen der BAG Senior*innenpolitik in Berlin teil.
In einer gemeinsamen Sitzung von LAG und AG Rostock hatten am 12. Juni die Rostocker Mitglieder sowie die angereisten Einzelmitglieder der LAG aus dem Landesverband beraten, wie wir als Senior*innen zum Erfolg der Landtagswahlen 2026 beitragen können. Dabei wurde die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Austauschs mit dem Jugendverband herausgearbeitet, wie ebenso einer wirksamen Vermittlung unserer seniorenpolitischen Standpunkte an unsere Vorstände sowie an die Öffentlichkeit.
Einmal mehr wurde deutlich, um diese Aufgaben erfolgversprechend anzugehen, brauchen wir mehr Mitglieder in unserem Zusammenschluss und auch neue Arbeitsgemeinschaften in möglichst allen Kreisverbänden, um als LAG anerkannt zu bleiben. Zur Zeit bildet die AG Rostock die Ausgangsbasis für die anvisierte künftige Entwicklung. Folgerichtig wurden deshalb für die LAG-Delegation zum BAG-Bundestreffen im Karl-Liebknecht-Haus die meisten Teilnehmer aus unserer Arbeitsgemeinschaft bestimmt.
An die BAG-Beratung knüpften wir hohe Erwartungen, die weitgehend erfüllt werden konnten, wenn man davon absieht, dass am 27.6. nur drei westdeutsche Landesverbände vertreten waren.
In die Tagesordnung wurde die Mitwirkung der BAG bei der Friedenskonferenz der Partei im Frühjahr 2026 aufgenommen.

Beim Bundestreffen der BAG

Hoffnungsvoll stimmte die Aussprache mit Mandy Eißing, seniorenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Ausgehend von einer Prioritäten-Liste seniorenpolitischer Themen, die auch unsere Haltung in der Friedensfrage enthält, standen in der Diskussion u.a. barrierefreie und bezahlbare Mobilität, die Forderung nach Abschaffung der Investitionskostenpauschale in der stationären Pflege, versteckte Altersarmut und Einsamkeit im Alter, verstärkt durch die Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung und Pflegeleistungen. Mandy wird eine starke Stimme für unsere Interessen im Bundestag sein.
Zur Vorbereitung des Internationalen Tages der älteren Menschen am 1. Oktober wurden Erfahrungen ausgetauscht. Im Zusammenwirken mit Solid könnten wir dabei Forderungen der Kampagne gegen die Wehrpflicht aufgreifen, die Lisa Pfitzmann vom Parteivorstand vorstellte.
Zur Stärkung der kontinuierlichen Arbeit der BAG wurde ein neuer Sprecher*innenrat gewählt. Wir freuen uns, dass zu diesem vierköpfigen Gremium jetzt mit Barbara Hesse ein aktives Mitglied unserer LAG MV gehört.
An die im letzten Jahr in den Kreisverband Rostock eingetretenen Mitglieder im Seniorenalter richten wir die Botschaft, wie auch an alle Mitglieder, die sich diesem Lebensabschnitt nähern, dass die AG Senior*innenpolitik Rostock einen Zusammenschluss bietet, in dem neben relevanten Informationen für ein gutes Altern auch Mitwirkungsmöglichkeiten dafür zu finden sind.
Interessenten können sich an den Kreisvorstand wenden oder direkt an den AG-Sprecher unter 0151 6522 4832 / postfach.roeber@gmail.com
Klaus Röber
Sprecher der AG Rostock

AUS DEM LANDTAG

Schutz von Kindern und Jugendlichen wird nachhaltig gestärkt

Zum Gesetzentwurf zur strukturellen Weiterentwicklung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in M-V erklärt der kinder- und jugendpolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Albrecht:
„Mit dem Gesetz wird der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Land **nachhaltig gestärkt** und als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** verankert.
Kinder haben ein **Recht auf Schutz, Beteiligung und Förderung** – das neue Gesetz bringt uns dem Ziel näher, diese Rechte im Alltag konsequent umzusetzen. Insbesondere die **Stärkung der Jugendämter**, die Einführung einer **Zentralen Stelle Kinderschutz** sowie der Ausbau regionaler Netzwerke sind zentrale Maßnahmen, um den Kinderschutz flächendeckend zu verbessern. Das Land **stärkt das Landesjugendamt spürbar**, die gegenwärtig 13,5 Vollzeitkräfte werden auf 26,5 Stellen aufgestockt. So kann das Amt, das wieder **beim Land angesiedelt wird**, seinen Aufgaben deutlich besser gerecht werden.
Für Rot-Rot ist es maßgeblich, dass nicht lediglich interveniert wird, wenn Gefährdungen vorliegen, sondern auch **präventive Strukturen geschaffen** werden, die Kinder in ihrer Entwicklung unterstützen. Dazu gehören der Ausbau von Schutzkonzepten – auch im Ehrenamt – und eine bessere Qualifizierung der Beschäftigten. Deshalb sieht das Kinderschutzgesetz vor, dass Träger auf **regelmäßige Fortbildungen**ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinwirken sollen. Schabernack e.V. als zentrales Fortbildungsinstitut der Kinder- und Jugendhilfe wird im Rahmen einer Projektförderung beauftragt, **Mindeststandards für eine gemeinsame Basisqualifizierung** zu entwickeln und als interdisziplinäre Fortbildung anzubieten.“

VERANSTALTUNGEN

Erfurt im August 1975 – Das vergessene Pogrom?

Ein rassistischer Mob, tagelange Angriffe und Betroffene, die sich erst selbst verteidigen und später Deutschland verlassen müssen. Eine solche Situation gab es nicht erst im August 1992 am Sonnenblumenhaus, sondern bereits zwei Jahrzehnte zuvor in Erfurt.
Algerische Arbeitsmigranten wurden vom 10. bis 13. August 1975 von hunderten Gewalttätern angegriffen und durch die Stadt gehetzt. Die algerischen Arbeiter organisierten sich und protestierten gegen die rassistische Gewalt, aber auch gegen ihre Benachteiligung in der DDR. Heute werden die Angriffe auch als ein „vergessenes Pogrom“ bezeichnet. Aber hat die deutsche Gesellschaft ein rassistisches Pogrom einfach vergessen? Und wie erinnern die Betroffenen die Angriffe und das Leben in der DDR heute?
Zeitzeugen aus Algerien haben im vergangenen Jahr erstmals in Erfurt gesprochen. Jan Schubert (European University Institute, Florenz) hat Interviews mit ihnen geführt und den Besuch begleitet. Mit ihm und Johann Henningsen (Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam) wollen wir über die Erinnerungen und die Selbstbehauptung der algerischen Migranten sprechen. Anlässlich der Jahrestage beider Ereignisse wollen wir außerdem diskutieren, ob es Verbindungen zwischen der Gewalt in Erfurt und Rostock oder eine Tradition der rassistischen Massengewalt gibt.
Moderation: Jane Gerhardt (Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“)
Jan Schubert ist Historiker und Soziologe. Er hat das erste Gedenken an die rassistischen Angriffe in Erfurt mitorganisiert und promoviert am European University Institute in Florenz zur Oral History der algerischen Arbeitsmigrant:innen in der DDR.
Johann Henningsen ist Historiker und Doktorand im Projekt „Die radikale Rechte in Deutschland, 1945-2000“ des Moses Mendelssohn Zentrum und Zentrum für Zeithistorische Forschung. Er promoviert dort zum rassistischen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992.
Jane Gerhardt ist Politikwissenschaftlerin und Projektmitarbeiterin des Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ in Rostock. An der Hochschule Neubrandenburg promoviert sie zum Stigma der „Asozialität“ in Ostdeutschland.

Der Eintritt ist kostenlos.

Eine Veranstaltung von: Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ - Soziale Bildung e.V., Moses Mendelssohn Zentrum, Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Zentrum für Zeithistorische Forschung

Do., 21.8., 19.30 Uhr im Peter Weiss Haus Rostock

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE13130500000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe (Spende + Versandkosten)

TERMINE

WANN?	WAS?	WO?
Mo., 28.7., 17.00 Uhr	AG Tierschutz	Geschäftsstelle Rostock
So., 10.8., 18.00 Uhr	AG Die Linke hilft	Geschäftsstelle Rostock
Do., 14.8., 18.00 Uhr	AG Politische Bildung	Geschäftsstelle Rostock
So., 14.9., 14.00 Uhr	Gedenken an die Opfer des Faschismus	Neuer Friedhof
Mi., 17.9., 9.30 Uhr	Gemeinsame Sitzung der LAG Seniorenpolitik u. d. AG Rostock	Geschäftsstelle Rostock
Sa., 27.9., 9.30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Kreisverband Rostock	Landessportschule, Am Bahnhof 3, Warnemünde
Mi., 1.10., 11.00 Uhr	Senioren-Aktion zum Tag der älteren Menschen	Rostock Uniplatz
Sa., 8.11.	Aufstellung der Direktkandidaten zur Landtagswahl 2026	Peter Weiss Haus
Sa., 15.11., 10.00 Uhr	Landesparteitag	

Alle zwei Wochen trifft sich am Donnerstag um 19 Uhr der Stammtisch der Rostocker Linken. Ort und Zeit auf Nachfrage bei der Geschäftsstelle.

Ausführliche Informationen zu Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung findet Ihr im Netz auf mv.rosalux.de

TRADI SANITZ

Allen Besuchern unseres Treffens Tag der offenen Tür TRADI SANITZ am 10.05.2025 und denen, die leider nicht kommen konnten, einen Gruß aus dem schönen Hasen-Ort Sanitz. Wir sind wieder zu Hause und nun der versprochene Brief, den ich ja aus Zeitgründen nicht mehr geschafft hatte.
Trockenheit seit Februar und Sanitz bekam bis Mai nur zwei Regentage. Staub an allen Ecken und am Vorabend des 10. Mai dann die Wetterprognose, es könnte vereinzelt auch zu kurzen Schauern kommen. Das hätte uns noch gefehlt. Ich nutzte meine guten Verbindungen und telefonierte mit den Wolken da oben und telefonierte auch mit denen, die schon am Vortag in den Pensionen des Ortes eingetroffen waren. Optimistisch, sonnig und gut gelaunt trafen dann ab 10.00 Uhr unsere Freunde auf dem Hof ein - das 15. Klassentreffen der besonderen Art begann. Wiedersehensfreude! Auch Bartträger mit etwas längerer „Gesichtsmähne“, beginnende Träger vom Bäuchlein, und die strahlenden Augen, sprachen Geschichten aus vergangenen Zeiten. Da ist Wilfried, der viele Jahre in den Abteilungen der 43. Fla-Raketenbrigade gedient hat, dann an die Militärakademie nach Dresden als Lektor delegiert wurde und nun mit seiner nicht mehr sehr gesunden Verena die jährliche Reise unternimmt. Als ob der Zufall es wollte, habt ihr vor dem Wahlplakat der Partei DIE LINKE gesessen, das zum Ausdruck bringt, was viele, die die Raketen des Warschauer Vertrages kennen, befürchten.
Frieden kostet Mut! Krieg kostet Leben!

Da kommt zu jedem Treffen der Thomas aus Straubingen. Ihm, dem ehemaligen Gefreiten, sind diese Gespräche eine Herzenssache und die Freude ist groß, wenn Ossi aus Berlin dann mit ihm fachsimpelt. Die originellste Anmeldung zum Treffen erreichte uns von Hans (Hansi) aus Sanitz, der eine selbstgestaltete Karte mit Friedenstaube und unserem Logo schickte. Im vergangenen Jahr hatten wir auch Besucher von der Bundeswehr im TRADI. Einer kam wieder und meldete sich gleich für das kommende Jahr an. Angelika, die uns Wochen vorher die Uniform ihres verstorbenen Lutz gebracht hatte, kam mit der ganzen Familie. Tochter Anita, Schwiegersohn und Enkel hörten aufmerksam den Geschichten im TRADI zu und waren dem Vater und Opa wieder nah. Eine große Hortensie brachten unsere Freunde aus Demen für die Büste von Erich Weinert mit, die jetzt voll erblüht ist. Die Gespräche verstummten auch nicht bei der obligatorischen Erbsensuppe.
Danke an Fietsche und Rainer für die Essenausgabe! Bedanken möchten wir uns auch über Eure Spenden und für den Rundgang von Klaus mit der Mütze, sodass wir neue Projekte planen können. Zu all den bekannten und wieder zu erkennenden Gesichtern gesellten sich auch diesmal neue - wie u.a. Frank aus Blankenburg/Harz und Manfred aus der Nähe von Barth. Manfred hatte im ZGS-14 Fürstenwalde gedient und hatte dort auch Kontakt zu Rudi Kipker, der inzwischen leider verstorben ist. Ebenfalls neu ein Lehrer im Ruhestand aus Lieblingshof, der 1961 beim Bau des Kasernenobjektes als Offz.- Schüler im Wald die Bäume rodete und damit den Grundstein für die Stationierung in Sanitz legte.
Rainer Polzer war diesmal der Referent für den Vortrag und er berichtete bei der Kaffeetafel, die in gewohnter guter Tradition in der Pension Wendfeld stattfand, aus seinem Buch über sein Leben in der DDR. Vom Pionier, über Singegruppe der FDJ, vom Dienst an der Grenze, seinem Studium in Leipzig an der Karl-Marx-Universität bis zur Arbeit als Journalist beim Rundfunk in Schwerin. Lobende Worte trafen von den Teilnehmern bei uns für seinen Vortrag ein. Vielen Dank für Euren Besuch! Prima, dass auch Dieter und Rudi, unsere „Altgedienten“ aus Sanitz, wieder dabei waren! Bis zum nächsten Treffen 2026 - bleibt gesund und munter!
Viele Grüße aus Sanitz, das in diesem Jahr ein Jubiläum feiert - 777 Jahre!
Barbara und Bernd

Up un Dal

Gewinner: Die Linke in Sachsen ist die mitgliederstärkste Partei im Bundesland.
Verlierer: Friedrich Straetmans, Staatssekretär im Justizministerium, wurde endlich gefeuert. Viel Freude im politischen Ruhestand!

ZITAT

„Selig der Mensch, der den Parolen der Partei nicht folgt.“ Ernesto Cardenal, nicaraguanischer Priester und sozialistischer Politiker

ZAHL DES MONATS

Im Jahr 2024 lebte gut jede fünfte Person (21 %) in einem Haushalt, der sich nach eigenen Angaben keine einwöchige Urlaubsreise leisten konnte. Das waren 17,4 Millionen Menschen.